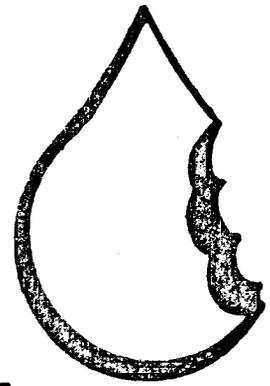


Interessengemeinschaft zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung in Bayern -IKT-

8702 Margetshöchheim · Mainstraße 54 · Tel. (0931) 46 1071



IKT-Info-Dienst

10/Jan. 88

... Lieber Leser!

Auch an der Jahreswende, wenige Tage vor unserem zweiten Gründungstag, wollen wir uns nicht lange mit einer Bilanz aufhalten. Angesichts immer drängenderer Trinkwasserprobleme fehlt es uns an Zeit, uns geruhsam im Sessel zurückzulehnen und das Bruchrevue passieren zu lassen. Sicher hat das Jahr 87 einige Positive gebracht: Die IKT ist mittlerweile auf 52 Vollmitglieder (Kommunen, Interessengemeinschaften, kommunale Fraktionen) angewachsen; der Landtagsbeschluss vom Juni 86, Flächenkäufe in Wasserschutz-zonen zu bezuschussen, hat endlich in die Zuschußrichtlinien Eingang gefunden; die Justiz nimmt mancherorts die Grundwasserverschmutzung ernst, und schließlich gibt es einige Kommunen wie etwa die Stadt Würzburg, die nicht auf die große Politik warten, sondern ihr Wasser in Eigeninitiative und auf eigene Kosten sanieren. Das Ermutigendste aber ist, daß immer mehr Bürger nicht nur aus finanziellen und ökologischen Gründen, sondern auch aus einer gefühlsmäßigen Bindung heraus an der Eigenversorgung mit Trinkwasser hängen.

Die negativen Trends des Vorjahres wollen wir nicht unter den Tisch kehren: Die Trinkwasserprobleme werden trotz oder gerade wegen der unsinnigen staatlichen Fernwasserpolitik eher mehr als weniger. Angesichts landesweit steigender Nitratwerte kann davon ausgehen, daß für jede ans Fernwasser angeschlossene Gemeinde zwei weitere den Nitratgrenzwert überspringen. Nur konsequente Ursachenbekämpfung kann hier Abhilfe schaffen. Aber

den verantwortlichen Politikern und Bürokraten fehlt bislang jedes Lösungskonzept. Bezeichnend dafür ist die Förderung der natürlichen Grundwassersanierung durch den Ankauf von Flächen in Wasserschutz-zonen, was von der IKT von der ersten Stunde an gefordert wurde. Man hat diese Flächenankäufe zwar in den Zuschußkatalog aufgenommen, aber mit der Förderschwelle von 200 DM/Binwohner die Bürde so hoch gesetzt, daß die ökonomisch preiswerte und ökologisch einzig sinnvolle natürliche Sanierung in der Regel nicht, die technisch und finanziell aufwendigen Großprojekte der Fernwassergiganten aber immer bezuschußt werden.

Die Interessengemeinschaft zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung in Bayern wird trotz nicht gerade rosiger Bedingungen auch im dritten Jahr ihres Bestehens - rein ehrenamtlich, ohne Diäten, Pfründen und Aufwandsentschädigungen - unermüdlich für die Verbesserung unserer Trinkwassersituation und die Erhaltung der dezentralen kommunalen und privaten Trinkwasserversorgung durch Information und Argumentation aktiv sein, zum Wohle der Bürger und in Verantwortung denen gegenüber, die nach uns auch noch auf eine krisensichere Trinkwasserversorgung angewiesen sind.

Peter Bthöfer
Landesgeschäftsführer

Landestagung in Pottenstein

Aus allen Teilen Bayerns waren am 14.11.87 IKT-Vertreter zur 2. Landestagung nach Pottenstein gekommen, wo sie von Dieter Hoch, einem Sprecher der Schutzgemeinschaft zur Erhaltung der eigenen Wasserversorgung Pottenstein, begrüßt wurden. In seinem Rechenschaftsbericht erinnerte Landesvorsitzender Sebastian Schönauer an die Erfolge und Aktivitäten des abgelaufenen Jahres, insbesondere an die Gespräche mit den Landtagsfraktionen, die Beratungsarbeit vor Ort und die Demonstration in München. Besonderen Dank sprach er dem 2. Landesvorsitzenden Belmut Walter, Niederhausen, aus, der aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr für den Vorstand kandidierte.

Der Kassenbericht von Landesschatzmeister Friedrich Kropf, Burghaslach, schloß mit einem Guthaben von DM 4121,14 ab. Neben den Beiträgen waren es eine Reihe von Spenden, besonders die Starthilfe des Bund Naturschutz (BN) in Höhe von 1000 DM, die zu diesem Guthaben geführt haben. Landesgeschäftsführer Bthö-

fer wies allerdings darauf hin, daß noch einige Rechnungen mit Druck- und Portokosten ausstünden. Mit zur positiven finanziellen Bilanz der IKT trägt auch bei, daß der Geschäftsführer seine ganzen Geräte (Kopierer, Computer, Drucker, Kleinoffsetmaschine) kostenlos zur Verfügung stellt und nur die reinen Material- und Portokosten für den Info-Dienst berechnet.

Neuwahlen

Nach der Entlastung des Vorstands wurde die Satzung dahingehend geändert, daß gemäß §8 in Zukunft 4 Beisitzer dem Vorstand angehören und 4 Revisoren zu wählen sind. Gewählt wurden:

1. Vors.: Sebastian Schönauer, Setzbornstr. 34,
8751 Rothenbuch, 06094/457

2. Vors.: Dr. Ernst Schudt, Lärchenallee 6,
8936 Langerringen, 08232/3548

Geschäftsführer: Peter Bthöfer, Mainstr. 54,
8702 Margetshöchheim, 0931/461071

Schatzmeister: Friedrich Kropf, Kirschenallee 16,
8602 Burghaslach, 09552/1846
Schriftführer: Ekkehart Koser, Gereuth 18
8601 Untermerzbach, 09533/1672
Beisitzer: Dieter Hoch, Burgstr. 1, 8573 Pottenstein, 09243/1808
Wolfgang Keim, Rosenstr. 5, 8620 Reudorf, 09571/5664
Georg Pfab, 8069 Oberschnatterbach, 08445/325
Josef Schmid, Ringstr.11, 8859 Dinkelshausen, 08435/222
Revisoren: Peter Gruber (Reudorf), Matth. Herrler (Greding),
Heinrich Schweinfest (Aub), Hans Hünner (Trockau)

Anschließend verabschiedete die Landesversammlung einstimmig zwei Anträge: Der Landesvorstand wurde beauftragt, gegen Landwirtschaftsdirektor Müller-Haslach von der Landesanstalt für Wein- und Gartenbau Aufsichtsbeschwerde beim Landwirtschaftsministerium einzulegen, weil er das Trinkwassersanierungskonzept der Gemeinde Margetshöchheim torpediere. Dr. Schudt wurde beauftragt zu eruiieren, wo die 54 Mio. DM aus dem bayer. Agrarhaushalt 87 zur Förderung zentraler Wasserversorgungsanlagen verblieben sind.

Am Nachmittag referierte dann Dipl.-Ing. Williges von den

Stadtwerken Würzburg über die Maßnahmen der Stadt Würzburg zur Sicherung und Erhaltung einer leistungsfähigen Eigenwasserversorgung. Die Teilnehmer konnten sich davon überzeugen, mit welchem Engagement die Würzburger Stadtwerke diese Aufgabe angehen, aber auch auf welche Schwierigkeiten sie dabei stoßen. Im Anschluß daran fand eine Pressekonferenz des IKT-Landesvorstands statt, die in der Presse große Beachtung fand.

Sehr gut war eine Kundgebung des Fränkischen Wasserbunds, einer Vereinigung regionaler IKT-Gruppen, besucht, die sich an die Landestagung anschloß. Redner waren Sebastian Schönauer, der Würzburger Rechtsanwalt Wolfgang Baumann und Dr. Hubert Weiger, Beauftragter für Nordbayern beim Bund Naturschutz. Weiger, Schönauer und die Vertreter der örtlichen Initiativen setzten sich kritisch mit der Absicht der Jura-Gruppe auseinander, eine ganze Reihe von Ortschaften in der Fränkischen Schweiz ans Fernwasser anzuschließen, obwohl genügend gutes Eigenwasser vorhanden ist. Alle Redner distanzierten sich deutlich von dem Bombenanschlag, der wenige Tage vor der Landestagung auf das Haus des Pottensteiner Bürgermeisters Körber verübt worden war. Körber ist ein entschiedener Verfechter des Fernwasseranschlusses und stieß deshalb in der Bevölkerung auf starken Widerspruch.

rund ums wasser ...

Petition endlich behandelt

Noch im letzten Info-Dienst haben wir uns darüber beklagt, daß die Petition des Bund Naturschutz zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung (Burghaslach, Triftern u.a.) noch immer nicht behandelt worden sei. Am 12.11.87 teilte uns die Landesgeschäftsstelle des BN mit, daß am 11.11. ein Schreiben des Landtagsamts eingegangen sei. Darin wurde mitgeteilt, daß die BN-Petition am 21.7.87 in Ausschluß für Landesentwicklung und Umweltfragen behandelt worden sei. Man habe die Eingabe der Staatsregierung als Material überwiesen. Das bedeutet, daß man sie für geeignet halte, bei der Änderung der einschlägigen Vorschriften als Arbeitsgrundlage mit verwendet zu werden.

Es ist schon seltsam, daß der BN erst Monate danach erfährt, daß seine Petition behandelt wurde, und es ist fraglich, ob die Vorstellungen des BN in der Ministerialbürokratie etwas an den eingefahrenen Geleisen der bayerischen Fernwasserpolitik ändern werden. Wenn man in Bayern nicht bald undenkt, wird der Zug für viele kommunale Anlagen bald endgültig abgefahren sein. Erfolgversprechend scheint vor allem der Widerstand gegen unsinnige Fernwasserprojekte vor Ort und das Aufzeigen von konstruktiven Alternativen zur Trinkwassersanierung. Trotz nicht allzusehr ermutigender Erfahrungen mit den Regierungspolitikern und ihrer Bürokratie wird der IKT-Landesvorstand noch einmal einen Anlauf machen, um mit den verantwortlichen Politikern ins Gespräch zu kommen. Zu diesem Zweck wird deshalb ein konkreter Forderungskatalog erarbeitet.

Wasser-Tagung des Öko-Instituts

Das Freiburger Öko-Institut veranstaltet am 27./28.2.88 in Köln eine Tagung über "Die Krise der Wasserversorgung - Ansätze für eine kommunale und ökologisch orientierte Wasserpolitik". Informationen und Anmeldeunterlagen beim Öko-Institut, 7800 Freiburg, Hindenburgstr. 20.

Zum Thema Nitrat

hat die Gemeinde Altertheim, Lkr. Würzburg, eine Bürgerinforma-

tion veranstaltet, bei der einige interessante Einzelheiten weitergegeben wurden. Bekanntlich wird im menschlichen Körper Nitrat zu Nitrit umgewandelt, das in Verbindung mit eiweißhaltigen Aminen und Amiden zu den stark krebserregenden Nitrosaminen umgewandelt wird. Nitrosamine entstehen zu 66% über das Nitrat im Wasser, zu 31% über Pökelsalz (z.B. im Schinken) und nur zu 2% über Nitrat im Gemüse im menschlichen Organismus. Von Vitamin C ist bekannt, daß es die Nitrosaminbildung teilweise blockieren kann. Pflanzen, die mit Herbiziden behandelt sind, können mehr Nitrat speichern als unbehandelte. Das meiste Nitrat wird in Stielen und Stengeln gespeichert. Deshalb nimmt man über Rhabarber besonders viel Nitrat auf. Interessant ist auch, daß eine Verdoppelung des Nitritgehalts zu einer Verzehnfachung der Nitrosamine führt.

Um die Nitratauswaschung im Boden so niedrig wie möglich zu halten, bietet sich für die Landwirtschaft folgende Fruchtfolge an: Raps, Roggen, Wintergerste.

Gemeinsame Bilanz von BN, IKT und AGH

Kurz vor Weihnachten zogen Dr. Weiger für den BN, Sebastian Schönauer für die Aktionsgemeinschaft Hafenhörltal und Peter Btthöfer für die IKT auf einer Pressekonferenz in Würzburg eine Jahresbilanz. Alle drei lehnten den geplanten Hafenhörltalspeicher ab und forderten energische Maßnahmen der Politiker zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung.

Knebelverträge für Weiler

Nachdem nun Schornweisach ans Fernwasser angeschlossen wird, versucht man den Landwirten in Einzelgehöften, die derzeit nicht angeschlossen werden, Verträge vorzulegen, nach denen sie im Falle einer späteren Anschließung alle Kosten selbst tragen müssen. Wer kann der Geschäftsstelle über ähnliche Praktiken Hinweise geben?

Fernwasser für Willmersbach?

Die Entscheidung für den Fernwasseranschluß von Willmersbach

soll in Kürze fallen. Dies, obwohl auf Antrag einer Bürgerversammlung der Gemeinderat die Entscheidung im Mai 87 um ein Jahr verschoben hat. Bis auf das Angebot einer Firma (Ergebnis: Fernwasser ist die kostengünstigste Lösung!), das seit März vorliegt, gibt es keine Kostenberechnungen und keine weiteren Informationen für den Gemeinderat. Eine im Auftrag des Bürgermeisters heimlich im Ort (Hausbrunnen) entnommene Wasserprobe wurde auf Pestizide hin untersucht, Das Ergebnis liegt lange vor, wie der Bürgermeister auf unsere Fragen zugibt, aber er teilt es den Bürgern und dem Gemeinderat nicht mit. Der Besitzer des Brunnens schweigt leider. Weitere Informationen von den Behörden wurden vom Bürgermeister angefragt, der sich aber über alles ausschweigt. Auch der Gemeinderat tappt im dunkeln.

LRA Rhön-Grabfeld bleibt hart

Wie in Info 9 berichtet, hat das Landratsamt Rhön-Grabfeld einen Stadtratsbeschuß der Stadt Bad Königshofen aufgehoben und will die Stadt zwingen, eine Reihe von Ortsteilen mit Hausbrunnen an eine zentrale Versorgung anzuschließen. Mittlerweile ist ein Verfahren beim Verwaltungsgericht Würzburg anhängig. Der Landesanwalt als Vertreter des Freistaats hat sich der Argumentation des Landrats angeschlossen. Die Verbitterung bei den Hausbrunnenbesitzern ist riesengroß, weil sie in letzter Zeit erhebliche Erfolge bei ihren Bemühungen hatten, die Verkeimung der Brunnen zu beseitigen. Heinrich Schweinfest, der Sprecher der Schutzgemeinschaft, aber gibt nicht auf und kämpft mit ungeheuren Engagement auf allen Ebenen gegen den drohenden Zwangsanschluß.

Ober 2200 Unterschriften gegen Fernwasser in Creußen

Bei einer Unterschriftenaktion der Schutzgemeinschaft zur Erhaltung der eigenen Wasserversorgung Creußen e.V. (SG) gegen die Versorgung mit Wasser der Jura-Gruppe wurden 60% der Wahlberechtigten erreicht, von denen 95% sich mit ihrer Unterschrift gegen die Fernversorgung ausgesprochen haben. In einzelnen kleineren Ortschaften waren es bis zu 100% der Wahlberechtigten. Noch vor Übergabe der Unterschriften hat der Stadtrat beschlossen, auf eigene Kosten ein Gutachten erstellen zu lassen, aus dem die Kosten einer Eigenversorgung ersichtlich sind. Leider trägt der Eindruck, daß beim Stadtrat ein "Bewußtseinswandel" eingetreten ist. Gespräche mit den verschiedenen Fraktionen haben zu wenig konkreten Ergebnissen geführt. Die SG hat zusammen mit anderen SGs ein eigenes Konzept zur Wasserversorgung erarbeitet und den Stadträten übergeben. Sie lehnt das Angebot des Geschäftsführers der Jura-Gruppe ab, örtliche Anlagen zu erhalten, wenn sie in die Verfügungsgewalt des Zweckverbands übergangen. Die SG sieht langfristig nur die Möglichkeit, über einen Austritt aus dem ZV die eigenständige Wasserversorgung zu erhalten.

SG Lindenhardt wendet sich an den Landtag

Ergänzend zur Eingabe einer ganzen Reihe von Schutzgemeinschaften aus der Fränkischen Schweiz hat die SG Lindenhardt ihre ablehnende Haltung zum Anschluß an die Jura-Gruppe durch weiteres Material untermauert, aus dem hervorgeht, daß Lindenhardt weder mehr noch besseres Wasser benötigt und daß auch das Ortsnetz nicht sanierungsbedürftig ist. Es spricht also nichts für den geplanten Fernwasseranschluß, aber alles für die Erhaltung der eigenen Quelle.

Entschiedener Widerstand gegen Jura-Gruppe in Pottenstein

Im April 86 kamen einige Bürger dahinter, daß die Stadt Potten-

stein bereits im November 77 dem Jurazweckverband beigetreten ist und laut Satzung ihre Wasserrechte mehr oder minder abgegeben hat. Bei einer Umfrage der Stadt Pottenstein im September 86 sprach sich die überwältigende Mehrheit der Bürger gegen den FW-Anschluß und für die Sanierung der eigenen Anlagen aus. Im Januar 87 beantragten mehr als 350 Bürger eine Bürgerversammlung zum Thema Wasserversorgung, die erst 11 Monate später nach einer Dienstaufsichtsbeschwerde beim Landratsamt am 11.11.87 abgehalten wurde.

Am 16.9.87 wurde die Schutzgemeinschaft zur Erhaltung der eigenen Wasserversorgung Pottenstein gegründet, der mittlerweile über 450 Bürger angehören. Die SG schloß sich mit einer Reihe benachbarter SGs zum Fränkischen Wasserbund zusammen, der in einer ausführlichen Landtagspetition die Erhaltung der örtlichen Trinkwasseranlagen forderte. Um der Bingsbe Nachdruck zu verleihen, wurden Gespräche mit Staatsminister Nüssel und Regierungspräsident Winkler geführt. Bürgermeister Körber hatte mittlerweile kaum eine Gelegenheit ausgelassen, um die Arbeit der SG in Mißkredit zu bringen. Der Bürgermeister nahm den Sprengstoffanschlag, der in der Nacht nach der Bürgerversammlung auf sein Haus verübt wurde, zum Anlaß, um Stimmung gegen die SG zu machen. Die SG hat den Anschlag umgehend als gewissenlose Gewalttat aufs schärfste verurteilt und eine schnelle und rückhaltlose Aufklärung gefordert.

Fernwassergigant FWO unersättlich

Es ist schon interessant, in Werbebroschüren der Fernwasserverbände zu blättern, da wird einem erst so richtig klar, in welchen größenwahnsinnigen Dimensionen unsere Landesamtsstrategen, unsere Landräte und Zweckverbandsgrößen denken und planen. Was ist da schon ein kleines Nest, das um die Erhaltung des eigenen Wassers ringt? Was bedeutet da schon die Sorge der Bürger um eine krisensichere Versorgung mit gutem Wasser? Rohrquerschnitte und Verbundleitungen quer durch Bayern, den Hirnen anscheinend unterbeschäftigter Planer entsprungen, schaffen die Sachzwänge, die dazu führen, daß eine Gemeinde nach der anderen wider jede ökonomische wie ökologische Vernunft ans Fernwassergeäst gezwungen wird.

So kann man in der FWO-Selbstdarstellung nachlesen, daß der Speicher Mauthaus ein Volumen von 21 Mio cbm hat und daß zur "Bedarfsanpassung" die Möglichkeit besteht, weitere Grundwassergebiete anzuschließen: Steinachtal 4 Mio. cbm, Haßlachtal 1,3 Mio. cbm, Buttenheim 1,8 Mio. cbm, Waldershof (Oberpfalz) 1,6 Mio cbm. Woher der Bedarf bei stagnierendem Wasserverbrauch kommen soll, wird einem klar, wenn man die beiliegende Planskizze über das FWO-Versorgungsgebiet betrachtet. Allein mit 9 anderen Zweckverbänden will man einen Verbund eingehen. Es sollen nur die größten genannt werden: FWM, WFW, Auracher Gruppe und Steinwaldgruppe. In den geplanten Grundwasserentnahmegebieten, besonders im Raum Mitwitz, macht man sich schon größte Sorgen über die ökologischen Folgen solch enormer Grundwasserentnahmen. Damit nicht genug, wörtlich steht im Hochglanzprospekt: "Damit (durch den Verbund zum WFW) kann Wasser aus dem Donau-/Lechgebiet über die Verbundleitung in die FWO eingespeist werden, wobei dieses Leitungssystem auf etwa 300l/sec ausgelegt sein wird". Über den volkswirtschaftlichen Sinn derartiger Wasserhin- und Herschieberei macht man sich keine großen Gedanken. "Finanzierungsprobleme konnten bisher gelöst werden" liest man im FWO-Jubelprospekt, und der damalige Innenminister Hillermeier dankt dem Steuerzahler für die Unterstützung der FWO mit ca 300 Mio. DM allein bis 1983. Kein Wunder, daß der

"Steuerzahler" knausern muß, wenn es um das Kleingeld für die Sanierung kleiner kommunaler Anlagen geht. Wir beabsichtigen, bei Bedarf eine Arbeitsgruppe der FWO-Betroffenen zu gründen. Interessenten sollten sich umgehend an die Geschäftsstelle wenden.

Bandersacker will die Eigenversorgung erhalten

Binstimmig beschloß der Gemeinderat der Marktgemeinde Bandersacker (Lkr. Würzburg), im Frühjahr Probebohrungen niederzubringen, weil die bisher genutzten Quellen zu nitratbelastet waren. Damit scheint der lange Zeit drohende Fernwasseranschluß abgewendet zu sein.

Landwirtschaftsdirektor spricht nicht mit Gemeinderat

Geplatzt ist in letzter Minute ein Informationsgespräch, zu dem Landwirtschaftsdirektor Müller-Haslach von der Veitschöchheimer Landesanstalt für Wein- und Gartenbau vor dem Margetshöchheimer Gemeinderat erscheinen wollte. Die Landesanstalt überprüft derzeit durch laufende Bodenproben die Stickstoffbilanz in der Margetshöchheimer Wasserschutzzone. Müller-Haslach will in Zukunft nicht mehr vor dem Gemeinderat erscheinen, sondern nur noch mit der Verwaltung zusammenarbeiten. Als Grund für sein Verhalten nannte er die von der IKT in Pottenstein beschlossene Aufsichtsbeschwerde. Die IKT wirft Müller-Haslach eine Verharmlosung der Sonderkulturen in der Wasserschutzzone vor. Außerdem sei sein Verhalten geeignet, die Bemühungen der Gemeinde, das eigene Wasser zu erhalten, zu torpedieren. Interessant ist auch, daß die Absage offensichtlich erst nach Rücksprache mit dem Landwirtschaftsministerium zustande kam. Müller-Haslach hatte sich bereits im Vorfeld des geplanten Gesprächs dagegen gewehrt, daß auch ein Vertreter des Wasserwirtschaftsamts zu diesem Termin geladen werden sollte. Auch hinter dieser Entscheidung scheint das Landwirtschaftsministerium zu stecken. Befremdlich ist auch, daß die Ergebnisse der Bodenproben nicht einmal der Gemeinde mitgeteilt werden. Schließlich werden sie auf Kosten der Steuerzahler durchgeführt. Die Öffentlichkeits-scheu geht mittlerweile sogar so weit, daß Angehörige der Landesanstalt, die gerade in der Margetshöchheimer Wasserschutzzone Bodenproben nahmen, einem Team des Bayer. Fernsehens, das vom IKT-Geschäftsführer begleitet wurde, verboten, sie bei der Arbeit zu filmen.

Graben Fernwasserverbände den Würzburgern das Wasser ab?

Über die beispielhaften Maßnahmen der Stadt Würzburg zur Sicherung und Sanierung der eigenen Wasserversorgung haben wir bereits mehrmals berichtet. Kräfte, denen die Selbstversorgung der Stadt seit längerem ein Dorn im Auge war, versuchen nun, die geplanten Probebohrungen an der Stadtgrenze auf dem Gebiet einer Stadtrandgemeinde zu torpedieren. Die Stadt will dort den Grundwasserstrom anbohren, der am Würzburger Bahnhof in den sog. Bahnhofsquellen zutage tritt, weil sie im Innenstadtbereich kein Schutzgebiet ausweisen kann. Hauptquertreiber sind der CSU-Landtagsabgeordnete Christian Will und der Würzburger Landrat Dr. Schreier, der gleichzeitig Chef des Fernwasserzweckverbands FWN ist. Beide wollen erreichen, daß die Bohrungen nicht von den Würzburger Stadtwerken, sondern von den Zweckverbänden durchgeführt werden, angeblich weil es dann Zuschüsse gebe. Für die IKT ist dies ein eklatanter Verstoß gegen das Landesentwicklungsprogramm, das die Fernwasserversorgung nur für den Fall vorsieht, daß die kommunale Versorgung nicht ausreicht.

Wasser-Konzerne in NRW

Bereits im letzten Info-Dienst haben wir kurz über die Wassersituation in Nordrhein-Westfalen berichtet. Dabei hat sich allerdings ein Fehler eingeschlichen. Heute veröffentlichen wir Auszüge aus umfangreichen Unterlagen, die uns von Herrn Wilhelm Rühl (Hörxter) zur Verfügung gestellt wurden. Herr Rühl befaßt sich bereits seit Jahren kritisch mit der Rolle der Beiräte in Versorgungsunternehmen. Hier sein Kurzbericht:

"1985 gelang es nach jahrelangen Auseinandersetzungen Bürgerinitiativen, Naturschutzverbänden und umweltbewußten Politikern, eine großräumige Wasserentnahme in der Weseraue bei Hörxter und die damit verbundene Großverbundleitung durch Ostwestfalen-Lippe (Reg.bez. Detmold) zu verhindern.

Nach einer Schmiergeldaffäre der Stadtwerke hatte 1977 die Stadt Hörxter mit den Stimmen der CDU-Mehrheitsfraktion u.a. 2 Wassergroßbrunnen (Kapazität angeblich 10 bis 15 Mio. cbm jährlich) an den Gelsenwasserkonzern (Sitz: Gelsenkirchen) verkauft, der die Wassermengen mit Hilfe der staatlichen Stellen im benachbarten Raum zu "vermarkten" versuchte. Diese Privatisierung und Zentralisierung im Wasserversorgungsbereich stieß zunächst auf den Widerstand der SPD-Basis, die 1979 einen einstimmigen Landesparteitagsbeschuß dagegen erwirkte. Das Projekt scheiterte schließlich am Wasserrechtsverfahren, wobei die Stadt Hörxter sich unter dem Druck der Bürgerinitiative grundsätzlich gegen eine Wasserentnahme in der vorgesehenen Menge von 10,5 Mio. cbm jährlich aussprach (1983). Als dann in verschiedenen ostwestfälischen Städten (z.B. Bielefeld, Herford) rotgrüne Mehrheiten nach den Kommunalwahlen 1984 ihre Mitgliedschaften in der Trägergesellschaft, der Wasserverbund-OWL-GmbH, kündigten und der NRW-Landwirtschaftsminister die Zuschußgelder in Höhe von ca. 60 Mio. DM strich (1985), war das Projekt gestorben.

Übrigens: Die Muttergesellschaft des Wasserkonzerns, die Gelsenwasser AG, gehört zu 25% der VBBA AG, zu 25% den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen AG (VEW), ca 10,5% der Flachglas AG, zu 22,5% kommunalen Aktionären. Der Rest (ca. 17%) ist privater Streubesitz (Stand 85). Er versorgt in NRW rund 3 Mio. Einwohner mit Trinkwasser. Seit 1973 koppelt der Gelsenwasserkonzern das Wasser- mit dem Erdgasgeschäft, wobei er mit den Kommunen Nordrhein-Westfalens Konzessions-, Beteiligungs- und Lieferverträge abschließt. Die Verhinderung eines großräumigen Wasserverbunds in Ostwestfalen-Lippe war also aus unserer Sicht ein voller Erfolg. Außerdem wurden noch folgende positiven Ergebnisse erzielt:

- Die Expansion des "Wassermultis" Gelsenwasser wurde gestoppt.
- Noch im Oktober 83 hatte die sozialdemokratische Landesregierung in ihrem Umweltprogramm zur langfristigen Sicherung der Wasserversorgung die Fortführung von großräumigen Verbundmaßnahmen gefordert. Bereits im Frühjahr 84 beschloß die SPD-Landespartei NRW, bei der Wasserversorgung "dezentralen Versorgungssystemen den Vorzug zu geben", was eindeutig auf die Diskussionen um den Wasserverbund Ostwestfalen-Lippe zurückzuführen ist. Diese Forderung wurde durch die Entscheidung des Landwirtschaftsministers bestätigt.

- Der Wasserpreis der Gelsenwasser AG (1,50 DM/cbm, monatl. Grundpreis 16 DM) wurde 6 Jahre (82 bis einschl. 87) konstant gehalten. Eine versuchte Preiserhöhung wurde durch eine Anfrage im Landtag verhindert.

- Die Problematik der Beiräte, die beim Gelsenwasserkonzern eine sehr große Rolle spielen, wurde ausgiebig erörtert. Sie wurde durch einen einstimmigen SPD-Landesparteitagsbeschuß zu ih-

rer Beseitigung 1987 vorläufig abgeschlossen. - Organisatorische Verbindungen zu der leitungsgebundenen Energiewirtschaft (Strom, Gas) wurden festgestellt, z.B. Anteile bei Gelsenwasser AG: VEBA, VW; Beteiligung von RWE über Rheinische Energie AG, Köln (Rhenag) bei der Südhessischen Gas und Wasser AG, Darmstadt; Wasserversorgung durch die Hannover-Braunschweigische Stromversorgungs-AG (HASTRA), die wiederum eine Tochter der Preußenelektra AG ist und damit zum VEBA-Konzern gehört. Die Tatsache, daß sich konkret im Ostwestfälischen die dezentrale und damit kommunale Wasserversorgung gegen einen einflußreichen Konzern durchsetzte, ist letztlich auf das Engagement der betroffenen Bürger zurückzuführen. Deshalb ist auch die IKT so wichtig."

Wilhelm Rühl

In NRW gibt es bei den Versorgungsunternehmen sog. Beiräte, in die von den Vorständen kommunale Beamte, Spitzenpolitiker (Landräte) und aus den Aufsichtsräten ausscheidende Betriebsräte berufen werden. Bei insgesamt 2 bis 3 Sitzungen im Jahr werden diese Beiräte nicht schlecht bezahlt. So sollen Mitglieder des Beirats bei der Preußenelektra 15000 DM pro Jahr erhalten, bei deren Tochtergesellschaften je 5000 DM, bei den Tochtergesellschaften der Gelsenwasser AG immerhin noch 3000 DM. Die Zeche zahlt der Verbraucher über die Gebühren. Der SPD-Landesverband hat nun auf Initiative der Hörteraner SPD die Besei-

tigung dieser Beiräte gefordert, was nicht zuletzt auch auf die zähe Arbeit von Wilhelm Rühl zurückzuführen ist.

Wasserschutzgebiet nach 20 Jahren aufgehoben

Das Landratsamt Rhön-Grabfeld hat in der Gemarkung Hollstadt auf Veranlassung des Wasserwirtschaftsamts Schweinfurt die seit 20 Jahren bestehende Schutzgebietsverordnung außer Kraft gesetzt. Angeblich ist ein wirksames Schutzgebiet nicht ausweisbar. Die Gemeinde will jetzt von einer anderen Quelle im Frühjahr eine Zuleitung zum Ortsnetz legen.

IKT - intern ...

- Bitte zahlen Sie die Beiträge für 88 oder noch ausstehende Beiträge für 87 auf unser Konto Nr. 810081323 bei der Sparkasse Neustadt/Aisch (BLZ 762 510 20) ein!
- Bitte teilen Sie uns die Anschriften von Wasserinitiativen mit, die noch nicht Mitglieder der IKT sind.
- Teilen Sie uns bitte die Anschriften wichtiger Tageszeitungen Ihres Raumes mit, falls wir diese regelmäßig mit unseren Pressemitteilungen versorgen sollen.
- Wir wollen in Kürze eine überarbeitete Neuauflage des IKT-Info-Sonderdrucks herausgeben, in der wir die IKT vorstellen und zu wichtigen Problemen Stellung nehmen. Falls Sie noch Anregungen haben, teilen Sie uns dies bitte umgehend mit!

firmen + adressen

Neuigkeiten aus dem Hause Eppler

Wir haben bereits mehrmals über die neuesten Entwicklungen des Ingenieurbüros Eppler (7295 Dornstetten, Gartenstr. 9) auf dem Gebiet der biologischen Nitratreduzierung berichtet. Alwin Eppler hat nun sein Verfahren weiterentwickelt. Es besteht nur noch aus den Stufen

1. Sauerstoffreduzierung des Rohwassers
2. Nitratreduktion im Bioreaktor
3. Zweischichtfiltration mit nachgeschalteter Entkeimung

Nur bei Eppler ist die Sauerstoffreduktion vorgesehen, was zu einer Nahrungsstoffbegrenzung führt. Bei der Reduktion von 50 mg/l NO₃ auf 0-2 mg/l benötigt er rund 25% weniger Nahrungstoffe (Alkohol und Phosphat) gegenüber anderen Verfahren. Diese Reduktion der Nahrungszugabe führt zu einer Begrenzung von überschüssiger Biomasse. Dies ist im übrigen beim Eppler-Verfahren überhaupt kein Problem, da in der Woche nur 3-4% pro m³ Bioreaktorraum anfallen. Das sind rund 2000 l im Jahr pro m³ Reaktorraum. Mit 1 m³ Reaktorraum können rund 70.000 m³ Wasser von 50 mg auf 0-2 mg/l denitrifiziert werden. Damit wäre es möglich, wenn man den BG-Richtwert von 25 mg/l einhalten will, dieses Wasser mit der gleichen Menge Rohwasser zu verschneiden, wodurch 140.000 m³ abgegeben werden könnten.

Bereits in Info 9 haben wir über ein Verfahren der Fa. Eppler für Bauernhöfe und Kleinsiedlungen berichtet. Irrtümlich haben wir berichtet, daß dieses Verfahren nach dem Ionenaustauschprinzip arbeitet. Von der Fa. Eppler wurde uns mitgeteilt, daß sie in diesem Fall mit der Umkehrosmose arbeitet. Für kleine Anlagen mit einem Durchsatz von 1,2 m³/Tag bis 50 m³/Tag sind solche Anlagen sehr preisgünstig und wirtschaftlicher als bei der biologischen Denitrifizierung. Mischt man wie im obigen Beispiel nitrathaltiges Wasser zu, so kann man solche Anlagen im Bereich von 2,4 bis 100 m³/Tag fahren.

Die Fa. Eppler hat eine Umkehrosmoseanlage für einen täglichen

Durchsatz von 12 m³/Tag (nach Vermischung 24 m³) in einer Schrankanlage untergebracht. Der Schrank hat folgende Abmessungen: H 1750 mm, B 1000 mm, T 500 mm. Die Bruttokosten einer solchen Anlage mit Schrank komplett betragen ca. 35.000 DM. Eine Kleinanlage für 1,2/2,4 m³ pro Tag kostet ca 15.000 DM. Die Betriebskosten sind etwas höher als bei der biologischen Denitrifikation und betragen ca. 25 - 30 Pfg./m³.

Hier ein Beispiel: Ein Bauernhof mit 4 Personen benötigt im Jahr ca 200 m³ Wasser, bei Viehhaltung zusammen 500 m³, in Spitzenzeiten an verbrauchsreichen Tagen 3-4 m³ Wasser. Nimmt man einen Nitratgehalt von 60 mg/l an und will diesen auf 30-35 mg/l reduzieren, kostet solch eine Anlage ca. 26.000 DM. Dazu kommen die Anschlüsse an die bestehende Leitung, die Mischanlage und, falls das Rohwasser Colikeme hat, noch eine Entkeimungsanlage. Dafür entstehen nochmals Kosten von 5.000 - 7.000 DM, so daß die Gesamtanlage auf ca. 33-35.000 DM kommt. Mit diesem Betrag kann man gerade 200 - 300 m Zuleitung ans Fernwasser bauen. Für Weiler und kleine Siedlungen kommt also so eine Anlage wesentlich billiger als kilometerlange Wasserleitungen. Die Fa. Eppler würde vor der Aufstellung solcher Anlagen mit ihrer Pilotanlage einen Test über 1-2 Wochen fahren.

Weitere Firmenanschriften

- UV-Bestrahlung: Katadyn GmbH, Schäufeleinstr. 20, 8 München 21
- Watec, Markt Schwaben, Marktplatz 5, 08121/3900: Hydrogeologie, Brunnenbau, Wasseraufbereitung
- Brunnenbau Tafelmeier, 08086/311
- Fischer Labor, Hirschhorn 11, 8334 Wurmannsquick, 08725/340: Wasseruntersuchung

Einen Teil dieser Auflage liegt ein Musterschreiben über die Ziele und Aufgaben der IKT bei, das für Gemeindeblätter und als Presseinformation verwendet werden kann.

Ab 90 kg Reststickstoff strafbar?

In einer Presseerklärung bezeichnet es der Verband der Gas- und Wasserwerke als unerlässlich, verbindlich festzulegen, daß eine Grundstücksbewirtschaftung, bei der am Ende 90 kg Stickstoff/ha im Boden sind, nicht mehr ordnungsgemäß und somit strafbar ist.

Wieder juristischer Erfolg der Rottaler

Mitglieder der VBI Rottal haben vor dem Verwaltungsgericht Re-

gensburg wieder einmal Erfolg gehabt (Az.: RN2887 1785). Eine Reihe von Antragstellern hatte vom ZV Wasserversorgung Rottal die Einstellung des Wasserleitungsbaus in einer Flurstraße in Peterskirchen gefordert. Nachdem der Zweckverband die Bauarbeiten in diesem Bereich zwischenzeitlich eingestellt hat, hat er sich nach Auffassung des Gerichts in die Rolle des Unterlegenen begeben. Das VG beschloß deshalb, das Verfahren einzustellen. Der ZV mußte die Kosten des Verfahrens tragen.

Protest gegen Fernleitungen

Wasserkrieg mit Bomben

Interessengemeinschaft nennt Attentat in Pottenstein „gewissenlos“

POTTENSTEIN (Eigener Bericht) - Die Abkehr vom „zentralistischen Konzept der gigantischen Fernwasserverbände“ forderte am Wochenende die Interessengemeinschaft zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung in Bayern (ITK) bei ihrer Landestagung in dem oberfränkischen Erholungsort Pottenstein. Der Vorsitzende der vor knapp zwei Jahren gegründeten Vereinigung, Sebastian Schönauer, sagte in Pottenstein, die Trendwende müsse bald durchgesetzt werden, da sich die Zukunft der kommunalen Trinkwasserversorgung nahezu überall im Land in den nächsten beiden Jahren endgültig entscheiden werde. Der ITK gehören nach Angaben Schönauers 50 Bürgerinitiativen, Gemeinden und Gemeinderatsfraktionen an.

Die Interessengemeinschaft wirft der Staatsregierung und den Bauämtern vor, „jedes Augenmaß für das ökologische Sinnvolle und jedes Gespür für das dem Bürger Zumutbare“ verloren zu haben. Um große Fernwassernetze durchsetzen zu können, so Schönauer, würden die Behörden manche Gemeinden bewußt nur unzulänglich über mögliche Alternativen für den Ausbau der Eigenversorgung unterrichten. Außerdem, so der ITK-Vorsitzende, würden immer noch Fernwasserleitungen bei der Vergabe von Zuschüssen einseitig bevorzugt, obwohl eine Gesetzesänderung der Eigenversorgung Gleichwertigkeit eingeräumt habe.

Schönauer bezweifelte, daß Trinkwasser aus Fernleitungen stets bekömmlicher sei als Wasser aus Gemeindebrunnen. Niedrigere Nitratwerte würden gelegentlich nur durch das Mischen von Wasser aus verschiedenen Herkunftsgebieten erzielt. Das bedeute jedoch, daß Gegenden, die ursprünglich über ein sehr gutes Wasser verfügt hätten, dann ebenfalls mit minderwertigem Mischwasser vorlieb nehmen müßten.

Der Verband fordert, das Übel der Trinkwasserverseuchung an der Wurzel zu bekämpfen, statt durch Mischen bessere Ergebnisse lediglich vorzutäuschen. Vorgeschlagen wird die Erhebung eines Wasserpfennigs. Mit dem Geld sollen Bauern entschädigt werden, wenn sie - wie in Baden-Württemberg - in Wasserschutzzone ganz oder zeitweise auf das Aufbringen von Jauche und Stallmist auf den Feldern und Wiesen verzichten und den Verbrauch von Kunstdünger und Pflanzenschutzmitteln drastisch einschränken.

Wie verhärtet die Fronten in den vielerorts ausgetragenen Zwistigkeiten um Fern- oder Eigenversorgung bereits sind, zeigte sich zwei Tage vor der ITK-Tagung an Ort und Stelle in Pottenstein. Dort explodierte - wie berichtet - in der Nacht zum Donnerstag in einer Ladenpassage ein Sprengkörper, der beträchtlichen Sachschaden anrichtete. In dem betroffenen Haus befindet sich die Wohnung des Pottensteiner Bürgermeisters Hans Körber. Er tritt entschlie-

den für den Anschluß seiner Gemeinde an eine Fernwasserleitung und den Bau eines Speichers im Gemeindegebiet ein. Die örtliche Schutzgemeinschaft zur Erhaltung der eigenen Wasserversorgung erklärte dazu: „Diese gewissenlose Tat“ erschwere ihr die sachliche Auseinandersetzung. Sie hielt Körber jedoch vor, die Stimmung in der Gemeinde selbst aufgewiegelt zu haben.

Peter Schmitt

Gespräch mit den Margetshöchheimer Gemeinderäten geplatzt

Müller-Haslach will nur noch mit der Verwaltung sprechen

Margetshöchheim - Geplatzt ist das geplante Gespräch des Margetshöchheimer Gemeinderats mit Landwirtschaftsdirektor Werner Müller-Haslach. Der Leiter der Abteilung Gartenbau bei der Landesanstalt für Wein- und Gartenbau (Veitshöchheim) hätte bei einer Gemeinderatssitzung über das Untersuchungsprogramm der Landesanstalt in der Margetshöchheimer Wasserschutzzone referieren sollen.

Wie die Margetshöchheimer Mitte (MM) in einer Pressemitteilung behauptet, habe Müller-Haslach kurz vor der Sitzung mitgeteilt, er habe Landwirtschaftsministerium die Weisung bekommen, nicht vor dem Gemeinderat Stellung zu beziehen. Zweiter Bürgermeister Manfred Ach sieht laut Mitteilung der MM-Fraktion einen anderen Grund für die Absage des Landwirtschaftsleiters: die sei bedingt durch die angekündigte Dienstaufsichtsbewertung der Interessengemeinschaft zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung in Bay-

Müller-Haslach in einem Telefongespräch mit unserer Zeitung. Nur mit der Gemeindeverwaltung und nicht mehr mit dem Gemeinderat will er in Zukunft über das Thema sprechen.

Außerdem müsse er erst abwarten, ob wirklich eine Dienstaufsichtsbewertung vorliege. Bis jetzt sei ihm nichts bekannt. Den Fragenkatalog habe die Margetshöchheimer Mitte zu kurz vor der Sitzung an ihn geschickt.

Die von der Landesanstalt ermittelten Stickstoffwerte in der Margetshöchheimer Wasserschutzzone will Müller-Haslach auch weiterhin nur den betroffenen Grundstücksbesitzern mitteilen. Den Vorwurf der „Verschiebung“ wies er unter Berufung auf das Datenschutzgesetz zurück. Elke Blüml

em (IKT). Die IKT kritisiert vor allem Außen Margetshöchheimer Gemeinderat vom Oktober. Er habe damals die Rolle der Sonderkulturen bei der Nitratbelastung des Trinkwassers bagatellisiert.

Ein weiterer Grund für den „Korb“ des Landwirtschaftsleiters sieht die MM in einem Fragenkatalog, den die Fraktion vor der Gemeinderatssitzung an Müller-Haslach geschickt hatte. „Nach den Angaben der IKT bin ich nicht bereit, die Diskussion fortzusetzen“, sagte

SZ

Montag, 16. November 1987

HP

24.12.87

EB